



Endstation Gericht

Die ÖBB sollen Dossiers mit Krankengeschichten von Eisenbahnern führen, um über Beförderung, Gehaltserhöhung und Kündigung zu entscheiden. Die Gewerkschaft tobt – und klagt.

Wilhelm Haberzettl geht – wieder einmal – auf Konfrontationskurs. Am 5. Mai trommelte der Chef der Eisenbahnergewerkschaft seine Genossen zur Präsidiumssitzung in die Gewerkschaftszentrale in der Wiener Margaretenstraße zusammen. Das 14-köpfige Präsidium musste über eine Klage beim Wiener Arbeits- und Sozialgericht (ASG) abstimmen – der brisante Inhalt: der Umgang des ÖBB-Managements mit dem Thema Gesundheit der Mitarbeiter. Das kurze Haberzettl-Referat ließ auch hartgesottene Betriebsräte sprachlos zurück: Im Bahnkonzern sollen geheime Dossiers über Hunderte ÖBBler existieren, die persönliche Krankengeschichten beinhalten. Gemeinsam mit der Krankenstands-Evidenz sollen die gesammelten Diagnosen als Grundlage für Personalentscheidungen – etwa bei Beförderungen, Gehaltserhöhungen und Kündigungen – verwendet worden sein. Eine Vorgangsweise, die Arbeitsrechtsexperten als höchst bedenklich empfinden. Die Klage soll nun Klarheit schaffen.

Empörte Belegschaftsvertreter. „Stasi-Praktiken in einem Staatsbetrieb“, schimpfte ein Gewerkschaftsgrunde in der Präsidiumssitzung, als der Gang zum Arbeitsrichter einstimmig beschlossen wurde. Die erste Tagstzung der mittlerweile eingebrachten Klage soll noch im Juni verhandelt werden.

Damit geht der scheinbar endlose ÖBB-Kampf zwischen Management und Betriebsrat munter weiter. Nach der Ablöse des umstrittenen Bahnchefs Martin Huber hat sich Eisenbahnvertreter Haberzettl offensichtlich ein neues Feindbild geschaffen: Franz Nigl. Der 45-jährige ÖBB-Manager ist das personalpolitische Mastermind der Ära Huber

Gewerkschaft spricht von Stasi-Praktiken im Staatsbetrieb

und einer der Mächtigsten im Bahnkonzern mit seinen 42.000 Mitarbeitern. „Ich habe keine Dossiers angelegt. Ein absoluter Nonsens, den die Gewerkschaft da verbreitet“, sagt der VP-nahe Nigl und vermutet eine politische Intrige. Er räumt aber ein: „In Restrukturierungsphasen werden heikle Themen vor Gericht geregelt.“ Das sei nun einmal so.

In diesem Punkt stimmt Haberzettl zu: „Seit der Neustrukturierung der ÖBB im Jahr 2003 haben auch die arbeitsrechtlichen Auseinandersetzungen stark zugenommen. Es sind laufend zwischen 80 und 130 Arbeitsgerichtsprozesse anhängig. Die Klagen betreffen Einstufungen, Kündigungsanfechtungen und Zustimmungen zu Ver-setzungen.“ Bis dato hat die Gewerkschaft laut eigenen Angaben nur 20 Prozent aller Fälle verloren.

„Von einer neuen Klage wegen des Krankenstands-Themas weiß ich nichts“, sagt Nigl. Aber er könne das nicht ausschließen. Der Krankenstand sei jedenfalls nie alleiniges Kriterium für Beförderungen gewesen. Jedoch: „Ich bekenne mich zur leistungsorientierten Entlohnung, und da ist die Verfügbarkeit ein wichtiger Punkt.“

Kränkende Eisenbahner. Für ihre Krankheitsanfälligkeit sind ÖBBler seit Jahrzehnten berüchtigt. Ihre Krankenstandszeit lag immer weit über dem generellen Arbeitnehmer-Schnitt. Nicht selten wurden Krankentage als Recht wie ein Urlaub betrachtet,

den man noch konsumieren müsse. Vor drei Jahren lag ein Eisenbahner durchschnittlich 23 Tage pro Jahr im Bett. Nigls Maßnahmen drückten die Zahl wenigstens auf unter 19 – Tendenz: fallend.

Dass Haberzettl gerade jetzt vor Gericht geht, ist kein Zufall: Nigl genießt das Vertrauen von ÖBB-Präsident Horst Pöchlhacker. Der will ihn als Generalsekretär an die Seite des designierten ÖBB-Chefs Peter Klugar setzen. Eine Beförderung, die noch nicht beschlossen ist und die Haberzettl unbedingt verhindern will. Dass Nigl die Grenzen des Arbeitsrechts oft ausgereizt hat, kommt Haberzettl nun entgegen: Mehrere Feststellungsklagen in Bezug auf das Arbeitsverfassungsgesetz entschied der Oberste Gerichtshof gegen die ÖBB, was zu millionenschweren Zahlungen und Prozesskosten führte.

Am Montag wird sich auch der ÖBB-Aufsichtsrat mit dem Thema Arbeitsrecht befassen. Dafür wird nicht zuletzt ÖBB-Kontrollor Haberzettl sorgen. „Da werden Gesetze für den Datenschutz und gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz verletzt“, sagt Gabriela Moser, die Verkehrssprecherin der Grünen. Sie empört sich über die Krankenakten-Affäre: „Das grenzt ja an Bespitzelung.“ Betroffenen empfiehlt sie den Gang zum Arbeitsgericht. Das passiert gerade.

– ASHWIEN SANKHOLKAR

ÖBB-Auftrag für Huber-Freund

Jagerhofer im Glück. Für Tuscheleien bei den ÖBB sorgt ein Auftrag an den Bruder des bekannten Eventmanagers Hannes Jagerhofer, Christian Jagerhofer. Der Chef der Merchandisingfirma Focchini in Toronto liefert für 1,6 Millionen Euro die neuen Uniformen für die Zugbegleiter. Der Vertrag wurde im März unterzeichnet, als Martin Huber

noch Bahnchef war, zu dem Jagerhofer ebenso ein Naheverhältnis hat wie zum Boss der ÖBB-DienstleistungsGmbH, Franz Nigl. Der weist eine mögliche Bevorzugung zurück: „Jagerhofer war Bestbieter. Ich war bei diesem Auftrag besonders penibel. Und einladen habe ich mich von Jagerhofer noch nie lassen.“